

**Der Kreistag
Fraktionsgeschäftsstelle**

AfD-Antrag-Nr.: **AfD_AG/001/2016**

Mitarbeiterin / Mitarbeiter
Wolfram Maaß

Gelnhausen, 01.04.2016

Beratungsfolge	Termin	Beratungsart
Kreistag des Main-Kinzig-Kreises	22.04.2016	Entscheidung
Haupt-und Finanzausschuss	28.09.2016	Beratung
Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Umwelt und Landwirtschaft	09.11.2016	Beratung
Kreistag des Main-Kinzig-Kreises	09.12.2016	Entscheidung

Antrag

Ausbau der Windkraft im Main-Kinzig-Kreis

Der Kreistag beschließt:

- alle dem Kreistag rechtlich zur Verfügung stehenden Mittel auszunutzen, um den weiteren Ausbau der Nutzung von Windenergieanlagen zur Energiegewinnung im Main-Kinzig-Kreis zu verhindern

und

- dass jede Art von Werbung für den Ausbau von Windenergie im MKK durch den Kreistag, vertreten durch das Präsidium und den Kreisausschuss, unterbleibt

Begründung:

Die in Deutschland unter der Überschrift „Energiewende“ betriebene Energiepolitik stellt selbstverständliche Grundprinzipien einer sachlichen Energiepolitik in Frage, die preisgünstige und zuverlässige Energie für Handel, Gewerbe, Industrie und Haushalte bereitstellen muss und einen optimalen Schutz von Lebensqualität inklusive Naturschutz garantiert. Die schlimmen Folgen dieser Politik sind auch hier im Main-Kinzig-Kreis überdeutlich sichtbar: Die zum MKK gehörenden Wälder werden zunehmend durch die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) zerstört. Der Erholungswert dieser Landschaft geht durch diese Politik unwiderruflich verloren. Verbunden sind damit Gefahren für die im Umfeld der WEA lebende Bevölkerung (z.B. Infraschall) und für die Fauna (Schädigung geschützter Arten). Negative Auswirkungen auf die demographische Entwicklung sind zu befürchten. Durch den im Umkreis von WEA und WEA Parks zu beobachteten Wertverlust von Immobilien, wird auch die alteingesessene Bevölkerung materiell geschädigt.

zum Antrag **AfD_AG/001/2016** vom 01.04.2016

Betr.: Ausbau der Windkraft im Main-Kinzig-Kreis

Abgesehen von diesen aufgeführten Gründen findet wegen der EEG – Subventionierung eine Vermögensumverteilung von der Bevölkerung und Wirtschaft hin zu den wenigen Subventionsgewinnern statt. Betroffen sind dabei vor allem Bürgerinnen und Bürger, die mit einem kleinen Verdienst oder mit der Rente auskommen müssen.

Die aufgeführten Gründe, wobei nur die wichtigsten angesprochen sind, sollten für jeden Kreistagsabgeordneten, der versprochen hat, sich für das Wohl der Bevölkerung im MKK einzusetzen, ausreichend sein, um dem obigen Antrag zuzustimmen.